

ArbeitFairTeilen

30 Stunden für Europa!

Das Menschenrecht auf Arbeit wird im Zuge der Finanzkrise durch die EU sukzessive ausgehebelt. Die Einkommensschere öffnet sich immer weiter und befördert damit die Umverteilung von unten nach oben, aber auch die Entdemokratisierung. Die Arbeitslosigkeit soll mit weiteren Sparmaßnahmen und der Zurückdrängung gewerkschaftlicher Macht bekämpft werden und festigt damit nur die neuen Herrschaftsstrukturen der Reichen.

Wie können wir dieser Entwicklung etwas entgegensetzen?

Könnte eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden mit vollem Lohn- und Personalausgleich ein Mittel sein,

- die europaweite Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen,
- Gelder, die heute in die Finanzmärkte fließen, an die Arbeitnehmer_innen umzuverteilen,
- den Sozialstaat wieder zu beleben,
- das Gemeinwohl höher zu werten als die Renditewünsche der Gläubiger,
- und die Demokratie zu stärken ?

Das Menschenrecht auf Arbeit

Im Artikel 23 der Allg. Menschenrechtserklärung steht:

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
4. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Diese Rechte gelten hier ebenso wie in Griechenland, Spanien oder anderen Ländern Europas, in denen die Arbeitslosigkeit noch sehr viel schlimmere Auswüchse angenommen hat als in Deutschland.

Doch wie sieht die Realität aus?

Unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit leben viele Beschäftigte in Deutschland mit der ständigen Angst, in die Erwerbslosigkeit abzurutschen. Diese Angst lähmt die Menschen, mindert ihre Kreativität und Leistungsfähigkeit und treibt sie zum Verzicht auf erworbene Rechte in der bloßen Hoffnung ihren Arbeitsplatz sichern zu können. Diese Entwicklung hat die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgeberverbänden nachhaltig geschwächt, sodass Verhandlungen auf Augenhöhe immer seltener möglich waren. Die Folge waren und sind immer mehr Zugeständnisse bei der Lohnhöhe, bei der Arbeitszeit und bei den Sozialleistungen.

Arbeitslosigkeit diszipliniert die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften!

Zudem unterstützt die herrschende Politik einseitig das Interesse der Arbeitgeber an maximalem Profit. Hierfür steht besonders die „Agenda 2010“, die die Gesellschaft spaltet in (noch) Beschäftigte und in Erwerbslose, in „brave“ und „faule“ Menschen, die selbst an ihrem Schicksal

der Erwerbslosigkeit schuld seien. Sie verfolgt das neoliberale Ziel, in Deutschland einen breiten Niedriglohnssektor zu etablieren. So werden unter Androhung von Sanktionen Hartz IV Empfänger zu prekären Jobs unter Tariflohn gezwungen. Inzwischen arbeiten bereits über 20% der Beschäftigten im Niedriglohnssektor. Hinzu kommt eine fortschreitende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die die Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer_innen weiter verschlechtert. Zahllose Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst und eine durchschnittliche Erhöhung der Arbeitszeit haben die tatsächliche Arbeitslosigkeit weiter zementiert.

Durch politische Maßnahmen wie Leiharbeit oder Lockerung des Kündigungsschutzes wurde die Situation noch verschärft!

Somit ist uns Deutschen die Dumping - spirale bei Löhnen und Gehältern und das Outsourcen bereits bekannt.

Aber erst durch die Finanzkrise konnten Lohndumping, Privatisierung und Reduzierung von staatlichen Sozialleistungen flächendeckend und sehr viel einschneidender durchgesetzt werden!

Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond hat als „Gegenleistung“ für Kredite von Griechenland, Portugal, Irland und Spanien weitreichende Kürzungen im Gesundheitswesen, bei der Arbeitslosenunterstützung, den Renten, den Löhnen, der öffentlichen Beschäftigung und bei öffentlichen Investitionen ebenso wie die Erhöhung der Verbrauchssteuern und Privatisierungsprogramme durchgesetzt.

Doch nicht nur die Menschen in den Schuldnerstaaten sind betroffen: Ein komplexes System von Rechtsverordnungen wurde ausgearbeitet, um eine derartige Kürzungspolitik in allen EU-Mitgliedsländern zu verankern. Im Zuge der Eurokrise wurden Reformen umgesetzt, die in allen EU-Mitgliedsländern (und insbesondere in den Ländern der Eurozone) dieselbe Politik vorantreiben. Dabei möchte ich nur auf zwei Maßnahmen näher eingehen:

Der Euro-Plus-Pakt

Anfang 2011 wurde der Euro-Plus-Pakt eingeführt. Mit diesem Pakt forciert der Europäische Rat zwei zentrale, politische Stoßrichtungen die durch Druckmechanismen forciert werden:

- 1) Nachhaltige öffentliche Finanzen: Um die vollständige Umsetzung des „Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ sicherzustellen, soll die höchste Aufmerksamkeit auf die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems, der Gesundheitsfürsorge und der Sozialleistungen gelegt werden. In anderen Worten: Zukünftige Kürzungen sollen zuerst und vor allem die Sozialausgaben betreffen.
- 2) Durch niedrige Löhne und Arbeitsmarktflexibilisierung soll die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.

Der Sixpack

Der „Sixpack“ (fünf Verordnungen und eine EU-Richtlinie, die im Januar 2012 in Kraft traten) stellt die nationalstaatliche Haushaltspolitik der Mitgliedsländer unter strenge Aufsicht. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die bereits existierenden Vorschriften über die maximal zulässige Gesamtverschuldung und das jährliche Defizit strikt eingehalten werden. Mitgliedsländer, die die Vorschriften nicht einhalten, sollen sanktioniert und gezwungen werden, auf einen strikten Konsolidierungskurs umzuschwenken.

Durch den „Sixpack“ wird zudem ein System der Überwachung von Ungleichgewichten in der Wettbewerbsfähigkeit definiert. Das bedeutet zum Beispiel, dass wenn sich in den Mitgliedsländern die Löhne ungleich entwickeln, immer jene Länder „das Problem“ sind, in denen die Löhne höher

sind. Schließlich sind niedrige Löhne wettbewerbsfördernd. Selbiges gilt für Renten, Sozialleistungen und Unternehmenssteuern. Konvergenz soll also durch eine Harmonisierung nach unten erreicht werden.

Sollten die Mitgliedsländer auf entsprechende Ungleichgewichte nicht durch Reformen reagieren, werden verschiedene Druck- und Sanktionsmechanismen ausgelöst, durch die sie zu den vorgegebenen Lohnsenkungen oder Sozialreformen gezwungen werden. Der „Sixpack“ gilt für alle Mitgliedsländer der EU.

Beide werden mit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und einem damit prognostizierten Wachstum begründet, um die horrende Arbeitslosigkeit in der EU zu bekämpfen und die Staatsfinanzen zu stabilisieren.

Die Auswirkungen der bisherigen Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit zeichnen ein anderes Bild:

Das Menschenrecht auf Arbeit und seine Verwirklichung in der Realität:

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
Mehr als 23 Millionen Menschen in Europa haben keinen Job, bei 18 von 27 EU-Staaten liegt die Arbeitslosigkeit bei über 20%!
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
Außer Leiharbeiter_innen, 1-€-Jobber, Minijobber_innen mit niedrigeren Stundenlöhne als im Tarifvertrag und ohne Rentenanspruch ???
3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
**Außer Arbeitnehmer_innen im Niedriglohnsektor, 1,-€-Jobber_innen ?
Menschliche Würde für Arbeitslose im Hartz IV-System ?
Kürzung von Löhnen und Gehältern in den Krisenländern auf ein Niveau, das zur Existenzsicherung der Familie in Würde nicht ausreicht?**
4. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.
**Aussetzung der Tarifverträge in den Krisenländern unter dem Druck der Troika?
Erklärtes Ziel der EU: „Reformen“, die den Geltungsbereich von Tarifverträgen reduzieren, die Tarifverhandlungen zunehmend auf die betriebliche Ebene verlagern und die – so wörtlich – „insgesamt zu einer geringeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaften führen“.?**

Ausblick – Troika, für alle und immer

Geplant ist eine grundlegende Reform der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer gemeinsamen Fiskal- und Wirtschaftsunion. Der Präsident des Europäischen Rates Hermann van Rompuy hat zusammen mit dem Kommissionspräsidenten Manuel Barroso, dem Präsidenten der Eurogruppe Jean-Claude Juncker und dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi hierzu einen Vorschlag erarbeitet, der die bisherige neoliberale Politik weiter verschärft und unumkehrbar machen soll.

Unter anderem sollen die nationalen Haushalte, **bevor sie den nationalen Parlamenten vorgelegt werden**, der EU vorgelegt werden. Diese soll das Recht erhalten, wichtige Entscheidungen über Rentensysteme, Löhne, Arbeitslosenunterstützung, Wirtschaftsregulierung zu treffen, um eine Verschuldung der nationalen Staatshaushalte zu verhindern.

Damit ist der Erhalt des Sozialstaats in der bisherigen Form kaum mehr durch die nationalen Parlamente sicher zu stellen. Dies ist zugleich ein schwerwiegender Angriff auf die Demokratie.

Mit der Beschneidung des Haushaltsrechts der nationalen Parlamente wird auch die Demokratie maßgeblich beschnitten!

Geplant ist auch ein eigenes Budget für die Eurozone, das asymmetrischen konjunkturellen Entwicklungen entgegen wirken soll. Doch zugleich wird großer Wert darauf gelegt, dass dieses Budget so strukturiert wird, dass es nicht zu einem permanenten Transfer zwischen den Ländern führt und das ein „Anreiz zur Beseitigung struktureller Schwächen“ geschaffen wird. Übersetzt heißt das, dass jene Mitgliedsländer, die die härtesten neoliberalen Reformen umsetzen, am meisten von dem neuen Budget profitieren sollen. **Das Budget soll als Instrument eingesetzt werden, um weitere Sozialkürzungen, Lohnzurückhaltung und Liberalisierungen in der gesamten Eurozone durchzudrücken.**

Zum anderen wird es kaum eine demokratische Kontrolle über das Budget geben. Während es auf EU-Ebene immerhin das Europäische Parlament gibt, das zwar nicht sehr mächtig ist, aber doch Möglichkeiten hat, auf den Haushalt Einfluss zu nehmen, gibt es auf Eurozonen-Ebene überhaupt keinen entsprechenden Modus.

In einer Rede des Kommissionspräsidenten Manuel Barroso werden die Vorschläge unter anderem so begründet:

„Solide öffentliche Finanzen, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung müssen wir zusammen fördern...“

Schließlich müssen wir vermehrt Arbeitsplätze schaffen, wobei das Augenmerk insbesondere auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit liegen sollte.“

Nun stellt sich die Frage: Müssen denn nicht all diese klugen Leute in diesen EU-Gremien, die sich so viele Jahre mit Ökonomie befasst haben, recht haben? Gibt es keinen anderen Ausweg, als all diese Maßnahmen zu ergreifen, um irgendwann wieder wettbewerbsfähig zu werden? Sollten wir das Menschenrecht auf Arbeit einfach mal für eine Zeit vergessen ?

Oder wollen wir uns mal ein paar Fakten anschauen, die es gibt, auch wenn sie nur selten in der großen Presse zu finden sind und die vielleicht zu ganz anderen Lösungen führen könnten?

Lobbyismus in der EU

Insgesamt gibt es etwa 1.000 so genannte Expertengruppen, die die EU-Kommission beraten. Die Arbeitspapiere der Expertengruppen stellen oft die Grundlage für Gesetzesinitiativen der Kommission dar. Ihr Einfluss ist daher nicht zu unterschätzen. Umso problematischer ist es, wenn in wichtigen Politikfeldern die beratenden Expertengruppen einseitig mit Vertretern der großen Wirtschaftsverbände besetzt sind.

Zusammensetzung der EU-Expertengruppen nach Interessenkategorien von Experten, die weder zu den EU-Institutionen oder den Mitgliedstaaten gehören (laut einer Studie von Alter-EU) :

- **57 % große Wirtschaftsverbände oder von Konzernen beauftragte Lobbyorganisationen**
- **5,2 %** Kleinere und mittlere Unternehmen (unter 50 Millionen Umsatz oder unter 250 Arbeitsplätze)
- **1,3 %** Gewerkschaften
- **14,7 %** Wissenschaft und unabhängige Forschungseinrichtungen
- **12,4 %** Hybride Organisationen
- **7,8 %** Nichtregierungs-Organisationen (NROs)
- **1,1 %** Nicht kategorisiert/zu wenig Information

- 0,1 % Landwirtschaft und Agrarindustrie (COPA_COGECA)
- 0,5 % Genossenschaften
- 0,8 % Berufsverbände

Die besonders starke Präsenz der großen Wirtschaftsverbände und Konzerne ist eine Erklärung für die neoliberalen Tendenzen in der Europäischen Politik.

Diese verstehen es auch, außerhalb der Expertengruppen mit EU- Kommissaren und Parlamentariern ins Gespräch zu kommen.

Damit verstehen wir schon ein wenig mehr über das „Expertenwissen“ unserer EU-Politiker.

Wettbewerbsfähigkeit durch Reduzierung der Lohnstückkosten wiederherstellen?

Ein Leitsatz der deutschen Bundesregierung und der EU. Aber die Lohnstückkosten in den Krisenländern sind massiv gefallen durch staatliche Lohnkürzungen und dem Druck auf die Löhne durch die große Arbeitslosigkeit. Das Ergebnis war nicht Wachstum, sondern ein Zusammenbruch der Binnenwirtschaft.

Dies zeigt, dass es für einzelne Unternehmen durchaus richtig sein mag, dass eine Reduzierung der Lohnstückkosten zu Wachstum im Unternehmen führt. Insbesondere dann, wenn sie exportorientiert arbeiten. Aber in einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise darf die Nachfrage nicht vernachlässigt werden. Denn niedrigere Löhne bedeuten weniger Nachfrage nach Dienstleistungen, die den Binnenmarkt befriedigen und den sehr viel größeren Anteil an Arbeitsplätzen ausmachen (Gastronomie, Friseur, Handwerk, etc.).

Deutschland war dafür bereits vor der Krise ein gutes Beispiel. Durch die Senkung der Lohnstückkosten wurde die Exportwirtschaft überproportional gefördert, während die Binnenwirtschaft litt. Damit hatte Deutschland das zweit langsamste Wirtschaftswachstum aller EU-Mitgliedstaaten. Somit entfielen auch die beschäftigungswirksamen Effekte von Wachstum. Dies ist auch an den von allen Erwerbstätigen geleisteten Jahresarbeitsstunden zu sehen. Von allen Erwerbstätigen in Deutschland wurden 2011 insgesamt 58,0 Mrd. Arbeitsstunden geleistet, 1991 waren es noch 60,1 Milliarden Arbeitsstunden. Diese Entwicklung wurde lediglich durch die Umwandlung von Vollzeitstellen in Mini- und Teilzeitjobs, die zur Existenzsicherung nicht ausreichen, verschleiert.

Die Reduzierung der Lohnstückkosten schafft kein Wachstum!

Hinzu kommt, dass die Verringerung der Lohnstückkosten kaum über die Preise weitergegeben wurden, sondern vor allem in erhöhte Gewinneinnahmen flossen. Zerlegt man die Preisentwicklung in die Einkommenskomponenten Löhne, Gewinn- und Besitzeinkommen sowie indirekte Produktionssteuern (netto) zeigt sich, dass in der Eurozone die höheren Gewinne den stärksten preistreibenden Effekt hatten. Von den 17,5% Gesamtpreisanstieg der letzten acht Jahren entfallen 9,3 % auf die Gewinn- und Besitzeinkommen, während die Löhne lediglich 6,1 % beitrugen. Da die Löhne aber einen größeren Anteil an der Wirtschaftsleistungen haben, wäre die verteilungsneutrale Relation in etwa umgekehrt gewesen (8,7 und 6,8 %). Die Folge ist somit eine steigende Gewinn- und eine fallende Lohnquote. In Anbetracht dieser Information, ist das viel beschworene Mantra, unsere Produkte seien wegen der Lohnstückkosten zu teuer, durchaus überraschend, wenn nicht sogar in Frage zu stellen.

In Deutschland war der Verteilungsverlust der Arbeitnehmer_innen noch sehr viel größer als im EU-Durchschnitt. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland konnten inflationsbereinigt und trotz Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2000 und 2010 ein immenses Plus von 30 % verzeichnen, während die Erwerbstätigen ein Minus von 2,9 % hinnehmen mussten. Sieht man sich den Niedriglohnsektor an, liegt der Einkommensverlust sogar bei 22%. Viele von

Ihnen verdienen in einer Vollzeittätigkeit so wenig, dass Sie auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind. Der Verteilungsverlust von 2000 bis 2011 für die Arbeitnehmer beläuft sich inzwischen auf 920 Milliarden Euro! Davon wären 293,8 Milliarden Beiträge an Sozialkassen, die nun fehlen.

Das bedeutet die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind um fast eine Billion Euro zusätzlich gestiegen !

Die enormen Gewinneinkünfte aus Unternehmens- und Vermögenseinkünften werden heute leider kaum mehr für Investitionen in die Realwirtschaft genutzt und schaffen somit kaum neue Arbeitsplätze. Zum Einen sind die Märkte bereits relativ gesättigt und wird es immer schwieriger, auch im Hinblick auf die schwindende Kaufkraft der abhängig Beschäftigten, noch mehr Produkte abzusetzen. Zum Anderen bietet der Finanzmarkt mit seinen Anlage- und Spekulationsmöglichkeiten eine sehr viel höhere Rendite.



Somit zwingt die Umverteilung der Gewinne von unten nach oben

- zahlreiche Menschen in Armut,
- schwächt die Sozialkassen,
- und fördert die Spekulation an den Finanzmärkten mit zig Milliarden Euro!

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Arbeitszeit von ca. 16 Stunden täglich auf heute 8 Stunden und von der 7-Tage-Woche auf die 5-Tage-Woche verkürzt. Kinderarbeit wurde verboten und der Urlaub von 0 auf ca. 27-30 Tage angehoben. Ohne diese Maßnahmen wäre die Anzahl der Erwerbslosen in Deutschland um mindestens 17 Millionen höher als heute. Überdies wäre die Ausbeutung der Wenigen, die Arbeit haben, ähnlich extrem, wie sie es in vielen Entwicklungsländern heute noch ist. Damit zeigt die Geschichte, dass Arbeitszeitverkürzung zwar keine Neue, aber eine sehr geeignete Maßnahme ist, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung zu begegnen. Daher fordern wir:

Schluss mit prekärer Arbeit und Arbeitslosigkeit – 30 Stunden für Europa!

Nach volkswirtschaftlichen Berechnungen ist mit der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf eine Neue Vollzeit von 30 Stunden Vollbeschäftigung in Deutschland nahezu wieder herstellbar. In der EU und insbesondere in den Krisenländern sind neben einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden auch flankierende Maßnahmen wie die Erhöhung der Renten und Mindestlöhne auf ein existenzsicherndes Niveau notwendig. Wir wollen das Gemeinwohl der Vielen über die Renditewünsche der Gläubiger setzen, daher ist auch ein Schuldenschnitt notwendig, um die Binnenwirtschaft wieder anzukurbeln.

Durch die Erfahrung von Reallohnverlusten stehen viele Beschäftigte einer Arbeitszeitverkürzung skeptisch gegenüber. Sie fürchten weitere Einkommenseinbußen. Deshalb ist Arbeitszeitverkürzung nur mit vollem Lohnausgleich machbar. Rein rechnerisch ist ein voller Lohnausgleich durch die Umverteilung eines Teils der Gewinneinkünfte der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer machbar, für untere und mittlere Einkommensgruppen ist er unabdingbar.

Ein weitere Grund für die Skepsis vieler Beschäftigten ist die Befürchtung weiterer Arbeitsverdichtung. Deswegen setzt Arbeitszeitverkürzung, mit dem Effekt von mehr Beschäftigung, Regelungen zum vollen Personalausgleich voraus. Daher fordern wir ein Mitbestimmungsrecht von Betriebs- und Personalräten bei der Personalbemessung.

Eine Umverteilung der Arbeit ist mit vollem Lohn- und Personalausgleich möglich!

Vollbeschäftigung bedeutet freie Berufswahl, unbefristete Anstellung und Schutz vor Langzeitarbeitslosigkeit.

Es bedeutet auch Verhandlungsmacht für die Gewerkschaften, um Existenz sichernde, gerechte und befriedigende Löhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu erreichen.

Vollbeschäftigung sichert Arbeitsstandards und Löhne!

Sie führt zu einer Ankurbelung der Binnenwirtschaft und schafft dadurch Arbeitsplätze.

Vollbeschäftigung hat auch zur Folge, dass der Staat sich große Ausgaben für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit spart (im Arbeits- und Justizministerium) und somit die Schikanen des Hartz-IV-Systems nicht länger haltbar sind. Hinzu kommen die Mehreinnahmen durch Lohn-, Verbrauchs- und Gewerbesteuern. Damit kann der Sozialstaat wieder finanziell gefestigt werden.

Durch die höheren Einnahmen bei den Sozialversicherungen werden diese stabilisiert, denn knapp 30% der Löhne und Gehälter fließen in Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Damit kann z.B. auch wieder eine existenzsichernde Rente mit 65 oder früher problemlos finanziert werden.

Vollbeschäftigung sichert unsere sozialstaatlichen Errungenschaften!

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wandelt die überproportionalen Gewinne der Unternehmer in Löhne und Gehälter für Arbeitnehmer_innen um und entzieht damit Kapital, das zur Spekulation an den Finanzmärkten verwendet werden kann. Damit trägt Arbeitszeitverkürzung auch zur Stabilisierung der EU maßgeblich bei. Zusätzlich wird die wachsende Ungleichheit an der Wurzel, nämlich bei den ungleichen Einkommen, bekämpft.

Die Umverteilung von Gewinnen in Arbeitnehmerentgelte schafft mehr Einkommensgleichheit und entzieht den Finanzmärkten Geld für Spekulation!

Arbeitszeitverkürzung schafft Zeit für Familie, Freunde, Sport, Ehrenamt und Muße. Darüber hinaus wollen wir eine demokratischere Gesellschaft, in der wir Bürger gehört und ernst genommen werden. Demokratische Teilhabe ist heute notwendiger denn je, um uns den undemokratischen Tendenzen entgegenstellen zu können.

Die 30-Stunden-Woche schafft die Zeit für demokratische Teilhabe !

Viele Ökonomen warnen vor einer Wirtschaft ohne Wachstum, da sie befürchten, dass die

Arbeitslosigkeit aufgrund von technischen Rationalisierungsmaßnahmen immer weiter steigt. Gleichzeitig stehen wir den Problemen des Klimawandels gegenüber und der Gewissheit, dass viele Ressourcen wie Öl oder Metalle endlich sind. In Attac denken wir darum intensiv darüber nach, wie eine Postwachstumsökonomie möglich sein kann. Arbeitszeitverkürzung ist ein Element von vielen, die Vision von einer Gesellschaft ohne Wachstumszwang zu verwirklichen.

Arbeitszeitverkürzung statt Wachstum!

Wir glauben, es gibt doch einen anderen Ausweg, als all die sozialpolitischen Maßnahmen der EU umzusetzen, die ganze Völker ins Prekariat stürzen und nur der Oligarchie großer Wirtschaftsunternehmen dienen. Wir wollen das Menschenrecht auf Arbeit nicht für eine Weile vergessen und die Zustände des 19. Jahrhunderts nicht am eigenen Leib erleben. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient und das Gemeinwohl der Vielen über die Renditeansprüche weniger stellt.

30 Stunden für Europa ist neben den vielen anderen Vorschlägen von Attac ein wichtiges Puzzlestück zu einer anderen, einer schöneren Welt!

Micha Amiri, Mitglied im Arbeitskreis „ArbeitFairTeilen“ von Attac München und in der Bundesarbeitsgruppe „ArbeitFairTeilen“

Wer Interesse an Mitarbeit hat oder mit uns in Kontakt treten möchte, wendet sich bitte an Sue Duerr: sue.duerr@attac-m.org

Weiterführende Daten und Fakten finden Sie auf unserer attac-website:

<http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen/>

Politisches und soziales Engagement braucht auch finanzielle Unterstützung. Dazu hat die bundesweite Arbeitsgruppe ein Spendenkonto eingerichtet. Jeder Betrag hilft uns, das Thema Arbeit Fair Teilen voranzubringen:

Kontoinhaber: Attac

Stichwort: „ArbeitFairTeilen“

Konto: 800100800, BLZ: 43060967, GLS Gemeinschaftsbank

